

**ARGUMENTATIONSHILFE**

# **Sanktionsfreie Mindestsicherung**

***DIE LINKE.***

## THEMA

### SANKTIONSFREIE MINDESTSICHERUNG

Hartz IV ist Armut und Ausgrenzung per Gesetz: Die Summe aus Regelsätzen und Leistungen fürs Wohnen liegt deutlich unterhalb der Armutsgrenze. Die Bundesregierung hat das Existenzminimum kleingerechnet – ohne diese Rechentricks wäre 2021 eine Anhebung des Regelsatzes auf 658 Euro anstelle von 446 Euro sachgerecht.

Die Leistungen für Erwerbslose und für Menschen in der Grundsicherung müssen vor Armut und sozialer Ausgrenzung schützen und dürfen nicht zu deren Verfestigung beitragen. Zudem muss das Grundsicherungssystem eine nachhaltige Integration der Erwerbslosen in den Arbeitsmarkt befördern. Diese Ziele sind innerhalb des Sanktionsregimes Hartz IV nicht zu erreichen. Das Hartz-IV-System ist gescheitert und muss durch die Einführung einer sanktionsfreien Mindestsicherung abgelöst werden.

Die Sanktionsfreie Mindestsicherung soll bei rund 1.200 Euro netto im Monat liegen. Sanktionen und das Konstrukt der Bedarfsgemeinschaft müssen abgeschafft werden. Anspruch darauf haben alle Erwachsene, die nicht über ausreichendes Einkommen und Vermögen verfügen. Für Kinder und Jugendliche soll es eine Kindergrundsicherung geben. Außerdem darf die Arbeitsförderung darf nicht länger Motor für prekäre Beschäftigung sein. Sie ist auf nachhaltige Arbeitsförderung und Vermittlung in gute Arbeit auszurichten. Sowohl Erwerbslose als auch Beschäftigte brauchen mehr und bessere Weiterbildung.

#### Was sagen die anderen?

Die **SPD** will ein sog. Bürgergeld mit Regelsätzen, die das Existenzminimum sichern. Vermögen und Wohnungsgröße sollen innerhalb der ersten zwei Jahre nicht überprüft und das Schonvermögen erhöht werden. »Sinwidrige und unwürdige Sanktionen schaffen wir ab« – was auch immer das heißt.

**Die Grünen** wollen eine Garantiesicherung, die vor Armut schützt und ohne Sanktionen das soziokulturelle Existenzminimum garantiert und will den Regelsatz zunächst um mindestens 50 Euro anheben. **Die Union** will eine Offensive zur beruflichen Aus- und Weiterbildung für Arbeitsuchende starten und Sanktionsmechanismen beibehalten. Die **FDP** will ein liberales Bürgergeld, das die steuerfinanzierten Sozialleistungen zusammenfasst. Es soll in Lohnkostenzuschüsse für einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz umgewandelt werden können. Auch die **AfD** will eine »Aktivierende Grundsicherung« mit großzügigeren Hinzuverdienstregeln.

#### LINKE Gegenargumente

Kosmetische Korrekturen reichen nicht. Die Differenz zwischen der Höhe der Grundsicherungsleistungen zuzüglich der durchschnittlichen Leistungen für Unterkunft und Heizung und der Armutsschwelle beträgt für Alleinstehende aktuell über 360 Euro. Das Armutsrisko der Erwerbslosen fällt mit deutlich über 70 Prozent entsprechend hoch aus (Statistisches Bundesamt 2021). Sanktionen müssen weg. Nur, wenn es keine Drohung mehr mit Kürzungen für alle gibt, wird der Niedriglohnsektor ausgetrocknet und die Spaltung auf dem Arbeitsmarkt überwunden.